



HESSISCHER LANDTAG

18. 08. 2010

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktion der SPD betreffend Jugendmedienschutz verantwortungsvoll weiterentwickeln

Der Landtag wolle beschließen:

Der Hessische Landtag begrüßt die Initiative der Länder zur Novellierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags. Der jetzt vorliegende Entwurf trägt den sich permanent verändernden Entwicklungen und Erfordernissen zum großen Teil Rechnung.

Der Hessische Landtag regt folgende Änderung in der Protokollerklärung aller Länder zum Jugendmedienschutz-Staatsvertrag an:

Angesichts der dynamischen Entwicklung der Medienlandschaft sowie der rasanten Entwicklung von Informationstechnologien und des dadurch ausgelösten Wandels von gesellschaftlichen und sozialen Strukturen wird die angeführte Frist zur Evaluation des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages von vier auf drei Jahre verkürzt.

Die Evaluierung des Staatsvertrages soll durch den Forschungsschwerpunkt "Medienkonvergenz" der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz durchgeführt werden. Ziel des Forschungsschwerpunktes ist es, die rechtlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der rasanten Medienentwicklung, ihre kulturellen Potenziale und kreativen Möglichkeiten kritisch zu erfassen und wissenschaftlich aufzuarbeiten.

Begründung:

Das Internet und neue Medien sind wichtige Bestandteile der heutigen Lebenswelt. Sie sind als Kommunikationsinstrumente und Unterhaltungsmedien aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken. Kinder und Jugendliche wachsen heute ganz selbstverständlich mit Computern, Handys oder Spielekonsolen auf und das Internet spielt für sie eine herausragende Rolle. Bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen haben Internetanwendungen bereits heute die klassischen elektronischen Medien als primäre Informationsquelle abgelöst. Web2.0-Angebote und Social Communities sind insbesondere für Kinder und Jugendliche populärer denn je. Dabei bleibt es allerdings nicht aus, dass Kinder und Jugendliche auf Inhalte stoßen, die für ihr Alter nicht geeignet sind. Sie finden im Internet nicht nur Erwünschtes, sondern eben auch Pornografie, Gewalt oder Extremismus.

Kinder und Jugendliche vor solchen Inhalten zu schützen, ist eine schwierige und nur gemeinsam zu bewältigende Aufgabe, denn das Internet ist einem stetigen Wandel unterlegen. Im Internet kann jeder gleichzeitig Anbieter und Nutzer von Inhalten sein, jeder ist mit jedem verbunden. Klassische staatliche Regulierungsmechanismen greifen hier zu kurz. Um Kinder und Jugendliche effektiv zu schützen, braucht es eine neue Kultur der gemeinsamen Verantwortung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Der hessische Landtag ist sich bewusst, dass Jugendschutz im Internet nie zu hundert Prozent erfolgreich sein kann. Eine Maßnahme zum Schutz von Kindern und Jugendlichen ist die Bereitstellung qualitativ hochwertiger Angebote für Kinder und Jugendliche. Das Projekt "fragFINN" beispielsweise bietet einen geschützten Surfraum für Kinder an, in dem sie sich frei im

Internet bewegen können, ohne auf für sie ungeeignete Inhalte zu stoßen. Der Surfraum basiert auf einer sogenannten Whitelist, die sich aus kindgerechten und von Medienpädagogen redaktionell geprüften Internetseiten zusammensetzt.

Ein weiterer zentraler Baustein für einen guten Jugendmedienschutz ist, Kinder, Jugendliche und ihre Eltern zu einer kritischen und verantwortungsvollen Mediennutzung anzuleiten und sie in ihrer Medienkompetenz umfassend zu stärken. Die Vermittlung von Medienkompetenz im Sinne eines präventiven Jugendmedienschutzes ist eine zentrale Aufgabe der LPR Hessen. Kinder und Jugendliche brauchen heute die Fähigkeit, sich selbst vor beeinträchtigenden Inhalten zu schützen und im Einzelfall mit diesen umgehen zu können.

Ein besonderes Anliegen der LPR Hessen sind Maßnahmen zur Sensibilisierung und Unterstützung von Eltern und Pädagogen zum Thema Internet. Eltern müssen verstärkt technische Schutzmechanismen nutzen und Jugendschutzprogramme auf ihren Computern installieren, damit altersbeeinträchtigende Internet-Seiten anhand von bestimmten inhaltlichen Kriterien ausgefiltert oder zumindest nur erschwert zugänglich gemacht werden.

Wiesbaden, 18. August 2010

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel